

FACTSHEET:

Für eine glaubwürdige, stabile und verantwortungsvolle Wirtschaftspolitik

- **JA zu echten und wirksamen Lösungen**

Der Standort Schweiz und sein Erfolgsmodell stehen vor schwierigen Herausforderungen. Die BDP ist gewillt, ihren Beitrag zu [konstruktiven, sinnvollen und spezifischen Lösungen](#) zu leisten und hat deshalb in der Frühlingsession ein [Positionspapier](#) verabschiedet. Sie wird aber nicht Hand bieten, wenn es darum geht, die Frankenstärke missbräuchlich und opportunistisch für politische Zwecke zu nutzen. Die Frankenstärke ist als Phänomen nicht neu, sondern quasi ein Dauerbegleiter der Schweizer Wirtschaft. Und trotz einer stets starken Währung gehört die Schweiz zu den weltweit erfolgreichsten Exportnationen. Es gibt dabei aber nichts zu beschönigen, weil gerade überraschende und starke Kursverwerfungen die betroffenen Unternehmen und Branchen vor extrem schwierige Aufgaben stellen und dies alles nicht schmerzlos über die Bühne gehen wird. Die Schweiz als einst stabiler und sicherer Investitionsstandort ist für viele unberechenbar geworden. Die konjunkturellen Prognosen mussten deshalb ebenso nach unten korrigiert werden wie die finanzpolitischen Aussichten des Bundes.

- **JA zum Bilateralen Weg**

Die wirtschaftliche Verflechtung der Schweiz mit Europa ist gross und von hoher Bedeutung für das Exportland Schweiz. Rund 60 Prozent unserer Exporte gehen in die EU und 80 Prozent der Importe stammen aus der EU. Deshalb ist die Weiterführung des Bilateralen Wegs zentral für unsere Wirtschaft, unsere Arbeitsplätze und unseren Wohlstand. Eine Kündigung der bilateralen Verträge als Folge der Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative oder anderer politischer Ansinnen will die BDP verhindern. Den Volkswillen gilt es selbstverständlich umzusetzen – ohne allerdings die Schweiz völlig von der europäischen Wirtschaft abzuschotten. Die BDP hat aus diesem Grund eine [Parlamentarische Initiative](#) eingereicht. Diese verlangt, parallel zu den Verhandlungen des Bundesrats mit der EU und zum innenpolitischen Gesetzgebungsprozess die verfassungsmässige Verankerung der Vertragsbeziehungen mit der EU vorzubereiten und zu gegebener Zeit dem Souverän vorzulegen. Die BDP nimmt die Bedenken der Schweizerinnen und Schweizer bezüglich der Zuwanderung ernst und hat als zentrale Massnahmen [die konsequente Förderung des inländischen Arbeitspotentials](#) sowie die [Bekämpfung von Missbräuchen bei der Personenfreizügigkeit](#) verlangt.

- **Schweizerisches Arbeitskräfte-Potential ausnutzen**

Um den Fachkräftemangel zu beheben und den Bedarf an ausländischen Arbeitskräften zu senken, will die BDP [das inländische Arbeitskräfte-Potential](#) besser ausnützen. Die BDP fordert seit Jahren immer wieder, dass der Fachkräftemangel mit inländischen Arbeitskräften entschärft und dass die Arbeitsmarktchancen für die über [50-Jährigen](#) und für berufstätige Frauen und verbessert werden müssen. Hier setzt sich die BDP v.a. für eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf ein - namentlich über den unbürokratischen [Ausbau von Kita-Plätzen](#) sowie die Einführung von [Tageschulen](#) und [Blockzeiten](#). Um den beruflichen Wiedereinstieg nach der Familienphase zu erleichtern, schlägt die BDP einen [Einarbeitungszuschuss](#) vor. Zusätzlich braucht es eine konsequente Bildungsoffensive im naturwissenschaftlichen und technischen Bereich sowie im Gesundheitswesen. Die Bildungspolitik ist klar auf die Nachfrage nach Arbeitskräften auszurichten.

- **Liberaler Wirtschaftspolitik und sauberer Finanzplatz**

Das Erfolgsmodell Schweiz basiert auf liberalen Rahmenbedingungen, welche die Eigenverantwortung der Unternehmen fördert. Der Staat sorgt für klare faire Regeln und Rahmenbedingungen, ohne die Wirtschaft mit unnötigen bürokratischen Hindernissen zu behindern. Gerade für das Rückgrat der Schweizer Wirtschaft, die KMU, sind Überregulierungen schädlich und kostentreibend. Die BDP fordert deshalb konsequenterweise eine [Reduktion des administrativen Aufwands](#). Unternehmen müssen aber auch selbst verantwortlich handeln - Exzesse in der Lohnpolitik oder die Missachtung von internationalen Regeln schaden dem Image und untergraben das Vertrauen der Bürger in die Wirtschaft. Um den neuerlichen Frankenschock zu lindern, fordert die BDP gezielte Massnahmen statt Aktionis-

mus: Sinnvoll sind eine [gezielte temporäre Mehrwertsteuerbefreiung von Tourismus und Gastronomie](#), ein Sonderbeitrag für die [Innovationsförderung](#) und die Bereinigung von [Wechselkurseffekten im Beschaffungswesen](#).

Für den Schweizer Finanzplatz hat die BDP schon früh eine [Vorwärtsstrategie](#) eingeleitet und dabei festgehalten, dass sich ein glaubwürdiger und wettbewerbsfähiger Finanzplatz nur über steuerliche Konformität und die Einhaltung internationaler Spielregeln definieren kann. Im Unterschied zu anderen bürgerlichen Parteien setzt die BDP auf zukunftsfähige Lösungen und nicht auf rückwärtsgewandte Strategien. Nebst der Einführung des Automatischen Informationsaustausches unterstützt die BDP die aktuelle [Reform der Verrechnungssteuer](#) und die Abschaffung der Stempelsteuer.

- **Finanzen und Steuern**

Eine erfolgreiche Wirtschaftspolitik fängt bei gesunden Staatsfinanzen an, denn Schulden sind die Steuern von morgen. Die BDP setzt sich auch in Zukunft für eine nachhaltige Budgetpolitik ein, welche die Vorgaben der Schuldenbremse berücksichtigt. Unnötige Ausgaben müssen reduziert werden, um mehr Mittel für zukunftsgerichtete Projekte ausgeben zu können: In den Bereichen Bildung, Forschung, Umwelt, Energie oder Verkehr. Auf der Einnahmenseite muss genügend Handlungsspielräume vorhanden sein, um im internationalen Steuerwettbewerb weiterhin in der obersten Liga mitspielen zu können – dies ist für die Schweizer Wirtschaft als Ganzes zentral. Die BDP wird sich im Parlament für eine rasche und konsequente Umsetzung der [Unternehmenssteuerreform III](#) einsetzen, um Standortattraktivität und Steuersubstrat zu erhalten. Aus Effizienzgründen und für eine administrative Vereinfachung fordert die BDP zudem die Schaffung eines [Mehrwertsteuer-Einheitssatzes](#).

- **Energiepolitik**

Die BDP hat als erste bürgerliche Partei den geordneten Ausstieg aus der Atomenergie gefordert. Denn ökologische Verantwortung ist nicht nur eine Pflicht gegenüber künftigen Generationen, sondern bietet auch grosse wirtschaftliche Chancen mit überdurchschnittlichem Innovationspotenzial. Mit zahlreichen Vorstössen hat die BDP die [Energiedebatte im Parlament](#) nachhaltig geprägt und die Energiewende aufgegleist. Die BDP engagiert sich aktiv für einen geordneten Atomausstieg sowie für die konsequente Förderung erneuerbarer Ressourcen und technologischer Innovationen. In einer zweiten Phase ab 2020 muss das heutige Fördersystem schrittweise durch haushaltsneutrale und möglichst fiskalquotenneutrale [Lenkungsabgaben](#) abgelöst werden.